

Pankower Ratschlag – offener Brief an die Bezirkspolitik

Als sich Anfang des Jahres abzeichnete, dass in Bezirksamt und BVV bei den Haushaltsverhandlungen ein Kürzungsvolumen von mehreren Millionen Euro erarbeitet wird, haben sich Betroffene, Bürgerinnen und Bürger mit verschiedenen Interessen, Nutzende von bedrohten Kultur-, Bildungs- und Sozialeinrichtungen des Bezirkes, Senioren und Seniorinnen, Kiezvereine, Jugendliche, Kulturschaffende und sozial engagierte Menschen unterschiedlichster Hintergründe zur Initiative *Pankower Ratschlag* zusammengeschlossen, um den Kahlschlag zu verhindern, für Pankow und für Berlin vernehmlich gegen die Zerstörung von sozialer und kultureller Infrastruktur zu protestieren, für eine lebenswerte Stadt Berlin Vorschläge zu formulieren und sich beharrlich für deren Durchsetzung einzusetzen.

Die Mehrheit der BVV hat mit den Stimmen von SPD, Grünen, Piraten durch den Haushaltsbeschluss am 14. März 2012 einen Teil der Einsparvorschläge revidiert. Wir sehen uns in unserem Auftreten bestärkt - die Proteste haben kurzfristige Schließungen verhindert und die Möglichkeit einer nachhaltigen Planung eröffnet. Wir fordern, dass die Bezirkspolitik diese Möglichkeit nutzt. Noch sollen bestehende Einrichtungen geschlossen werden bzw. umziehen, Angebote wegfallen oder eingeschränkt werden, Immobilien, die den Bürgerinnen und Bürgern gehören, verkauft oder in andere Verfügungsgewalt gebracht werden, ohne dass ein volkswirtschaftlicher Nutzen nachgewiesen ist. In derzeit laufenden Prüfaufträgen und in der Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse liegen ohne die nötige Vorsorge und sorgfältige Folgenabschätzung enorme Risiken. Auch nach dem Haushaltsbeschluss sehen wir also allen Grund, wachsam zu bleiben und uns zu beteiligen. Wir wollen daher mit einem ersten Forderungskatalog an die politisch Verantwortlichen auf die Zustände und möglichen Konsequenzen einer schwer umkehrbaren politischen Weichenstellung in Pankow hinweisen. Dies gilt insbesondere für Privatisierung von Vermögen der öffentlichen Hand sowie der öffentlichen Daseinsvorsorge. Auch in anderen Berliner Bezirken laufen ähnliche Prozesse ab, die nicht im Interesse der Wählerinnen und Wähler sind.

Wir, der *Pankower Ratschlag* fordern die Pankower Bezirkspolitik auf, diese Forderungen ernst zu nehmen, sich auf der Berliner Ebene dafür einzusetzen und jetzt die gehörige Beteiligung der Betroffenen zu realisieren. Richten Sie einen Runden Tisch ein, damit die Interessen der Bevölkerung gehört werden. Wir werden so lange, wie über die Köpfe der Bevölkerung hinweg Entscheidungen getroffen werden, unsere Stimme erheben. Wir machen weiter! Wir bleiben alle!

Anlage

Forderungskatalog

Forderungskatalog

Aufgabe Sozialbereich

Der Haushaltsbeschluss fordert vom Sozialbereich eine weitere „Zusammenfassung von sozialen Angeboten“. Statt weiterer Schließungsbeschlüsse fordern wir den Erhalt der bestehenden Einrichtungen und die sorgfältigste Prüfung der Kürzungsvorhaben. Pankow ist ein im Berliner Vergleich reicher Bezirk, aber auch hier gibt es Armut und die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander.

Wir fordern, dass der Bezirk das Problem von Armut endlich erkennt und seine Bemühungen darauf ausrichtet. Wir fordern, dass die berechtigten Ansprüche von Senioren auf ein lebenswertes Altern in Würde ernst genommen werden.

Sozialberatung

Die aufgetretenen Probleme bei der räumlichen Zusammenlegung der Standorte von Heilsarmee (Café Treffpunkt) und „Beraten und Leben“ (Obdachlosigkeits- und Sozialberatung) zeigen, dass in diesem Bereich sensible Strukturen ein Netzwerk mit lebenswichtiger Bedeutung für die Ärmsten der Armen bilden und nicht als Verschiebemasse behandelt werden können.

Begegnungsstätte in der Stillen Straße

Die beschlossene Schließung der Begegnungsstätte in der Stillen Straße zum Juni 2012 fördert ähnliche Risiken zutage. Schon jetzt, bei ersten Versuchen der Verlagerung der Angebote zeigen sich Probleme, über die auch nicht die Hinweise auf die weiterhin eingesetzten Mittel hinwegtrösten können. Es sollen Arbeitsgruppen und persönliche Zusammenhänge aufgelöst und auf andere, bestehende Strukturen verteilt werden.

Wir fordern, dass die Nutzerinnen und Nutzer der Stillen Straße ihre Begegnungsstätte im Ganzen behalten. Erhalten Sie den Ort bis eine Lösung ohne Aufspaltung der bestehenden Gruppen und gewachsenen sozialen Kontakte gefunden ist.

Keiner mehr da?

Nach dem Ende des Öffentlichen Beschäftigungssektors sind auch in Pankow Probleme entstanden, für die sich die Kommunalpolitik interessieren sollte. So droht mehr als 300 meist alleinerziehenden Eltern durch den ersatzlosen Wegfall der flexiblen Kinderbetreuung der Verlust des Arbeitsplatzes. Einrichtungen und Vereine, die diese Betreuung anbieten brauchen Ihre Hilfe.

Wir fordern den Bezirk dazu auf, aktiv zu werden, damit eine flexible Kinderbetreuung wieder angeboten werden kann.

Die Verwaltung, besonders auch die Bürgerdienste und Bürgerämter in Pankow sehen sich durch die zusätzlichen Aufgaben bei einer strukturellen Personalnot am Rande der Arbeitsfähigkeit. Auch hier besteht im Interesse der legitimen Ansprüche der Bürger und Bürgerinnen auf eine schnelle Bearbeitung von Anträgen und der raschen Abwicklung von berechtigten gesetzlichen Ansprüchen auf Leistungen Handlungsbedarf. Ohne bürgernahe Verwaltung, Transparenz und bürgerfreundliche Bürokratie schwindet der gesellschaftliche Zusammenhalt.

Wir fordern deshalb, dass das pauschale Ziel der Reduzierung der Zahl des Verwaltungspersonals in den Bezirken aufgegeben wird. Wir fordern, dass es den Bezirken ermöglicht wird, notwendige Außeneinstellungen vorzunehmen und eine zukunftsfähige Verwaltung aufzubauen!

Aufgabe von bezirklichen Immobilien

Wir fordern, dass der Bezirk den Immobilienbestand der öffentlichen Hand nicht nur als Tafelsilber und Kostenfaktor betrachtet und demgemäß handelt. Das Vermögen der Allgemeinheit sollte nicht in Trägerschaften und Bewirtschaftung Dritter oder Privater überführt werden, wo es der demokratischen Kontrolle und Verfügung der Gesellschaft entzogen ist. Dies erscheint besonders anachronistisch zu einem Zeitpunkt, an dem in anderen Bereichen über eine notwendige Rekommunalisierung gesprochen wird.

Fröbelstraße

Die politisch für den Haushalt Verantwortlichen betonen, dass nur durch die Beschlüsse über die Zukunft der Immobilien ein ausgeglichener Haushalt aufzustellen war. Hinter der Einschätzung, dass es „bei den bezirklichen Immobilien durchaus noch Optimierungsbedarf“ gäbe, steht aus unserer Sicht einzig die neoliberale Tendenz, der öffentlichen Hand Immobilien zu entziehen. Dass beim Beschluss, das Bezirksamtsgelände in der Fröbelstraße fast vollständig abzugeben, den Initiatoren noch nicht einmal bekannt war, welche Gebäude wie weiterhin genutzt werden sollen, dass sogar „ein ergänzender Neubau“ in Erwägung gezogen wird, für den aber keine Haushaltsmittel eingeplant werden, spricht nicht für verantwortungsvolles und vertrauenswürdiges Handeln. Ob sich diese als Einsparmaßnahme deklarierte Entscheidung für den Bezirk oder das Land Berlin langfristig rechnet, lässt sich nicht beantworten. Ob sich durch eine Aufgabe der Verwaltungsgebäude der Fröbelstraße tatsächlich eine Verwendung von dort nicht benötigten Sanierungsmitteln für Schulen ergibt, steht in den Sternen. Ob die Nutzungsvorgaben, mit der eine Verwertung eingeschränkt werden soll, eine tatsächliche Bindung erlangen, wenn der Senat die Übergabe an den Liegenschaftsfonds beschließt, ist mehr als unsicher. All das zeigt, dass es sich um einen Schnellschuss handelt, der große Risiken produziert.

Wie bleiben Bürgeramt, Verwaltung und Bezirksparlament für die Bevölkerung im Prenzlauer Berg erreichbar und verfügbar? Pankow braucht in den drei Ursprungsbezirken wohnortnahe Bürgerämter. Auch ein Umzug der sonstigen Verwaltung und des Pankower Parlaments aus dem bevölkerungsreichen Innenstadtbereich ist keine wünschenswerte Entwicklung.

Kulturareal im Thälmannpark

Die Übertragung des Kulturareals im Thälmannpark an den Treuhänder GSE soll in Zukunft als Einsparung wirken. Die „Entlastung für den Bezirkshaushalt von ca. 100.000 € pro Jahr“ muss allerdings „in Verhandlungen mit der GSE gGmbH weiter konkretisiert werden“. Ohne dass die GSE die Situation kennen gelernt hatte, gab sie die Zusage für Verhandlungen mit dem Bezirk über eine Bewirtschaftung als Treuhänder. Nach der Übergabe an die GSE sollen die Kultureinrichtungen erhalten bleiben und bekommen den Haushaltsansatz in bisheriger Höhe. Der Sanierungsbedarf der Gebäude auf dem Areal soll durch eine Unterstützung des Landes an die GSE bewältigt werden.

Welche negative Grundeinstellung die Autoren des Haushalts gegenüber den kulturellen Angeboten im Thälmannpark haben, formulieren sie selbst: Es „fallen überproportionale Personalkosten an“. Zu welcher Einrichtung soll das in Proportion stehen? Auch die Verknüpfung von der Zusicherung langfristiger Mietverträge für Kultureinrichtungen und einer zu verbessernden „Wirtschaftlichkeit“, wie sie im Haushaltsbeschluss formuliert ist, ist ein deutliches Signal der Bezirkspolitik gegen die derzeit am Ort mit einem einzigartigen Konzept erfolgreich wirkenden Kunstschaffenden und deren Publikum – die Pankower Bevölkerung sowie Berlinbesucher und -besucherinnen.

Wir fordern den Bezirk auf, diesen Kulturstandort nach Möglichkeit weiter selbstbestimmt zu bewirtschaften und damit sicher zu stellen, dass die demokratische Kontrolle und Entscheidungsfreiheit über Kulturinfrastruktur bei der Bezirkspolitik bleibt. Wir fordern, dass der Bezirk nicht nur die möglichen rechnerischen Einsparungen in Betracht zieht, sondern auch Vorsorge für kommende Kosten trifft. Bei einer Übertragung an die GSE muss sichergestellt sein, dass die Kultureinrichtungen nicht einer neuen Sparrunde geopfert werden, weil der Bezirk die Miete, die er an die GSE zahlen muss, streicht. Wir fordern, dass der Bezirk, die gewählten Parteien der BVV und die derzeit in der Einrichtung Aktiven, darunter auch Vereine und Ehrenamtliche, von der GSE umfangreiche Mitspracherechte für die zukünftige Gestaltung des Kulturareals eingeräumt bekommen. Wir fordern Rahmenbedingungen, die nicht zur Senkung des künstlerischen Niveaus führen, weil der Druck erhöht wird, kommerziell erfolgreiche Veranstaltungen durchzuführen.

Die in diesem Zusammenhang erwähnte, mögliche „Ausweisung eines Sanierungsgebietes für das gesamte Quartier“ sollte nach unseren Erfahrungen in den Pankower Sanierungsgebieten unbedingt unter Beteiligung der betroffenen Bevölkerung in einem transparenten und begleiteten Prozess betrieben werden.

Aufgabe Kultur

Wir fordern die Bezirkspolitik auf, sich dafür einzusetzen, dass die Kosten-Leistungsrechnung nicht mehr auf den Bereich Kunst und Kultur angewendet wird und einstweilen zumindest an die Realität der dort geleisteten Arbeit angepasst wird – zum Beispiel mit „Produkten“, die Musik- und Theaterproben oder Medienbearbeitung sowie Beratungstätigkeit in Bibliotheken berücksichtigen!

Sperren bei Bibliotheken aufheben!

Die Ergebnisse der Kosten-Leistungsrechnung, die als argumentatives Gerüst für die Kürzungen im Pankower Haushalt dienen, haben sich verschlechtert. Dies überrascht nicht, wurden doch Mittel für die Anschaffung von Medien immer wieder gesperrt oder gekürzt. Seit Jahren ist auch die Stelle des Fachbereichsleiters Bibliotheken unbesetzt und das zu einem Zeitpunkt, als wichtige Herausforderungen, zum Beispiel die Einführung der RFID-Technologie oder die Umbaumaßnahmen in der Bibliothek am Wasserturm, zu bewältigen waren. Der Bezirk hat sich in den letzten zwei Jahrzehnten von vielen Kiezbibliotheken verabschiedet, weshalb in den Ortsteilen Französisch Buchholz und Wilhelmsruh, wie eben auch in der Esmarchstraße, Ehrenamtliche den Betrieb übernahmen, um wenigstens einen kulturellen und sozialen Anlaufpunkt zu erhalten. Trotzdem steigt der Druck des Landes auf den Bezirk, weitere Standorte zu schließen. Für die Filiale in Karow schienen bereits alle Messen gesungen. Nun soll auch für die Bibliotheken eine externe Untersuchung in Auftrag gegeben werden, die analysiert, warum die Bibliotheken zu „Verlustbringern“ wurden.

Wir fordern, die Fachbereichsleiterstelle Bibliotheken wieder zu besetzen und die Sperrung von zwei Dritteln des Medienetats sofort aufzuheben. Pankow braucht alle seine Bibliotheken!

Die Zukunft der Kurt-Tucholsky-Bibliothek

Auch die Räume der Kurt-Tucholsky-Bibliothek sollten ursprünglich abgegeben werden. Nach wie vor ist im beschlossenen Haushaltstext davon die Rede, dass ein neues Modell der Bewirtschaftung der Immobilie in der Esmarchstraße gefunden werden soll. Zugleich gibt es Bestrebungen, die Bibliothek schlechter zu stellen und aus dem Verbund der Öffentlichen Bibliotheken Berlins (VÖBB) auszugliedern.

Wir fordern Respekt gegenüber den ehrenamtlich tätigen Akteuren und deren Einbeziehung in weitere Planungen. Wir fordern, dass die Kurt-Tucholsky-Bibliothek im Netz der Stadtbibliotheken Pankows verbleibt und den Zugang zum VÖBB behält.

Wir fordern nach wie vor, dass die KTB wieder mit professionellem Personal des Bezirks ausgestattet und betrieben wird.

Galerie Pankow

Die Verlagerung der Galerie Pankow steht als Beschluss im Widerspruch zu den Prinzipien der anderen Beschlüsse zum Haushalt. Werden ansonsten – entgegen des auch international allgemeinen Trends, die Veräußerung „volkseigener“ Immobilien aufzugeben und eigene Immobilien der öffentlichen Hand zu stärken - anmietbare Objekte als Allheilmittel zur Haushaltssanierung gesucht, soll die traditionelle Stätte der Galerie in bezirkliche Räume verlagert werden. Dabei liegen nicht einmal - auch nach Auskunft des für Kultur zuständigen, aber auch in dieser Frage überforderten Stadtrates Kühne - qualifiziertere Anforderungen an diese Räume vor, als dass diese „abschließbar sein sollten“. Das ist ein Skandal. Eine so erfolgreiche kommunale Galerie wird auf Raten abgeschafft, während gerade in Zeiten der durch den Finanzmarkt verursachten Krise viele private Galerien aufgeben müssen und die Bedeutung kommunaler Galerien wächst.

Wir fordern die Bezirkspolitik auf, sich entsprechend ihrer Verantwortung für die Zukunft zu Kunst und Kultur in Pankow zu bekennen und die kommunale Galerie Pankow an einem Ort ihrer erfolgreichsten Wirkungsmöglichkeit zu erhalten.

Kultur in Karow und Buch

Die Aufgabe des letzten Musikschulangebotes in Buch/Karow scheint vorerst vom Tisch. Der Haushaltsbeschluss fordert vom Bezirksamt eine neue Konzeption für diese Ortsteile.

Wir fordern, dass das Bezirksamt dabei nicht die alten Fehler wiederholt: Pankow hat eine auch im Bundesschnitt geringe Ausstattung von Musikschulangeboten, obwohl sich endlich auch in Berlin die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass diese entscheidend für den niedrighwelligen Zugang zu kultureller Bildung sind. Der Bezirk darf sich nicht von nördlichen Randgebieten verabschieden und sollte keine problembehaftete Nutzung von wenig geeigneten Räumen, etwa in Schulgebäuden, als Lösung für Haushaltsprobleme und als alternativlos ausgeben.

Wir fordern, dass die fachliche Beurteilung bei der Suche nach Alternativstandorten im Mittelpunkt stehen und die Interessen der Nutzenden berücksichtigt werden.

Aufgabe Jugend

Auch die Kürzungen im Jugendbereich gehen weiter. Noch ist nicht klar, ob weitere Einrichtungen an freie Träger abgegeben werden müssen und ob die Zuwendungen für die freien Träger weiter zusammengestrichen werden. Es sollen externe Gutachten eingeholt werden, wo bisher der Jugendhilfeausschuss und die Verwaltung gemeinsam Lösungen für die Probleme gesucht haben. Die Erwähnung der neuen Ganztagsangebote der Schulen, die Angebote des Jugendbereichs überflüssig machen sollen, stellt eine weitere kritikwürdige Tendenz des Haushaltsbeschlusses dar: Fachkompetenz wird aufgegeben, anstatt die Qualität zu erhalten und zu verbessern. Schulen, in denen bereits die gesamte Infrastruktur von Kantine über Bibliothek bis zum Hausmeister den Kürzungen der letzten Jahre zum Opfer gefallen ist, können die Aufgaben der Jugendeinrichtungen nicht übernehmen - sie können die bestehenden Anforderungen nur in Zusammenarbeit mit den bestehenden und dringend zu erhaltenden Einrichtungen bewältigen.

Kürzungen im Jugendressort

Die Aufträge zur Berichterstattung der Umsetzung der Haushaltsbeschlüsse sollen direkt an den Haushaltsausschuss der BVV erfolgen. Wir fordern, dass soziale und kulturelle Leistungen und Angebote, und eben auch die unter besonderen gesetzlichen Rahmenbedingungen arbeitende Jugendhilfe, auch zukünftig unter der fachlichen Zuständigkeit der jeweiligen Fachausschüsse des Bezirksparlaments und nicht nur unter den Aspekten von Einsparungen für den Haushalt behandelt werden. Nur so kann gewährleistet werden, dass eine kompetente Beurteilung in die politische Willensbildung einfließt und die Bürgerschaft sich und ihre Interessen und Ansprüche einbringen kann – nämlich dort, wo es um die Sache geht und nicht in einem Ausschuss, der selbst nicht dazu in der Lage zu sein scheint, eindeutige und nachvollziehbare Erklärungen für die haushaltsmäßige Zuweisungs- und Kosten-Leistungsrechnungspolitik des Landes Berlin zu finden.

Wir lehnen eine ausschließliche Unterordnung unter die intransparente Kosten-Leistungsrechnung ab, die in den Bezirken zur ständigen Mittelreduzierung führt, ohne die vor Ort bestehenden Realitäten Berlins zu akzeptieren und zuzulassen.

JUKS

Die Finanzierung der im Haushaltsnotstand gesperrten Mittel für die Kurse der Jugendkunstschule ist durch den Haushalt gesichert.

Wir fordern, dass der Bezirk seine Mitfinanzierung dieser überaus wichtigen Einrichtung der Kulturellen Bildung nicht erneut zum Spielball in Haushaltsplanungen macht, sondern sich eindeutig zu dieser Einrichtung bekennt und sich auf Berliner Ebene für eine verbindliche Sicherung dieser Art von Angeboten einsetzt.